GUATE - NETZ

Infobulletin Guatemala-Netz Zürich 25. Mai 2021 Nr. 68

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Guatemala sei längst eine Diktatur, die keinen Militärputsch mehr brauche, schrieb Miguel Mörth in seiner monatlichen Kolumne für das Guatemalanetz Bern. Zudem erklärte er, wie die politischen Machthaber des Landes mit europäischen Oligarchen verbandelt sind.

Auf die europäischen Oligarchen gehen wir in diesem Bulletin nicht näher ein. Einer von ihnen ist der Präsident des Fussballclubs Real Madrid Florentino Pérez, dessen Bauunternehmen die Wasserkraftwerke Oxek und Cahabón baut.

Hingegen beschreiben wir, wie der lokale Umwelt- und Menschenrechtsaktivist Bernardo Caal, ein Q'eqchi', in Cahabón nun schon seit drei Jahren widerrechtlich in Haft gehalten wird.

Toni Steiner berichtet uns von einem traurigen Massaker, das uns von Guatemala-Netz Zürich sehr beschäftigt, und Cecilia Mérida erklärt uns ihre Sicht zum zweihundertjährigen Unabhängigkeitsjubiläum.

Zu guter Letzt gibt uns die indigene Anwältin Jovita Tzul ein Interview zu den Machenschaften der Nickelunternehmen CGN/Pronico, Töchter des Schweizer Unternehmens Solway Investment Group. Tzul erinnert daran, dass die indigene Bevölkerung Guatemalas nie vollständig unterworfen wurde, sondern immer Widerstand geleistet hat. Dabei habe sie gelernt, dass sie sich nicht auf politische Parteien verlassen kann, sondern nur auf sich selbst und ihre legitimen Vertreter*innen.

Wir bleiben dran und verfolgen die Geschehnisse in Guatemala weiter.

Barbara Klitzke

Präsident Giammattei bei der Eröffnung der Feierlichkeiten des *Bicentenario*. Es ist bezeichnend, wie die Machtverhältnisse dargestellt werden. Der „weisse" Präsident und der halbnackte „Maya", der zufällig auch noch so demütig dasteht, wie wenn seine Hände gefesselt wären. Quelle: Screenshot Youtube

Migration als Folge von Korruption, struktureller Ungerechtigkeit und fehlenden Visionen

Die Regierung Biden will die irreguläre Zuwanderung aus Zentralamerika in die Vereinigten Staaten in den Griff bekommen. Dabei setzt sie auf mehr Rechtsstaatlichkeit in den Herkunftsländern der Migrierenden.

Auch die neue Regierung der Vereinigten Staaten will den Zustrom von Menschen aus Guatemala, Honduras und El Salvador eindämmen, die auf dem gefährlichen Landweg dem Elend in ihrer Heimat zu entfliehen suchen. Nicht durch den Bau einer Mauer wie sein Vorgänger, sondern über eine neue Politik gegenüber diesen Ländern. Anfang April ist eine Delegation unter Leitung des Sonderbeauftragten für das «Nördliche Dreieck» Ricardo Zúñiga nach Guatemala gereist und hat Gespräche mit der Regierung sowie Vertreterinnen und Vertretern des Justizwesens und zivilgesellschaftlicher Organisationen geführt. Ihre Hauptbotschaft war: Damit die Menschen in Guatemala einen Platz und Perspektiven in ihrem eigenen Land haben, Arbeit finden, eine Familie gründen und die Gesellschaft voranbringen können, braucht es nicht in erster Linie Entwicklungsprojekte und finanzielle Hilfe, sondern einen entschlossenen Kampf gegen die Korruption. Denn Voraussetzung für die Schaffung günstiger Bedingungen für die Wirtschaft, das Gesundheits- und Bildungswesen ist ein funktionierender Rechtsstaat. Das waren neue Töne in der amerikanischen Aussenpolitik.

Im Januar ist eine Gruppe von jungen Frauen und Männern aus drei ländlichen Bezirken des Hochlands von San Marcos aufgebrochen, um in den USA eine Zukunft zu suchen. Ihre Familien hatten sie in diesem Vorhaben unterstützt. Die meisten verkauften ein Stück Land oder verschuldeten sich, um die Schlepper und Reisekosten zu bezahlen. Die jungen Menschen riskierten die Reise in der Absicht, ihre zurückgebliebenen Angehörigen zu unterstützen.

Sie kamen gut voran. Doch an ihrem zehnten Reisetag, am 22. Januar, sie waren schon kurz vor der Grenze zwischen dem mexikanischen Bundesstaat Tamaulipas und dem amerikanischen Gliedstaat Texas, wurden die beiden Fahrzeuge, in denen sie reisten, von Bewaffneten angehalten. Die Angehörigen in San Marcos merkten schnell, dass etwas passiert sein musste; die telefonischen Kontakte funktionierten nicht mehr. Tags darauf wurden an einer Landstrasse ausserhalb des Städtchens Camargo zwei mit Schüssen durchsiebte, verbrannte Geländewagen mit 19 verkohlten Leichen entdeckt.

Die Erschütterung in den Herkunftsdörfern war riesig. Die Trauerfamilien waren fassungslos. Sie wünschten mindestens, ihre Kinder in ihren Dörfern begraben zu können. Das schien anfänglich aussichtslos. Doch weil der mexikanische Staat zum Schluss kam, dass zwölf Polizisten die mutmasslichen Mörder waren, übernahm er die Rückführung der Leichen, was Präsident Giammattei auf dem Militärflughafen in Guatemala-Stadt die Gelegenheit gab, sich in Szene zu setzen.

Der Vater der ermordeten Paola Zacarías beim Empfang des Sargs seiner Tochter in Catarina San Marcos.
Foto: Webseite des Bürgermeisteramts von Catarina San Marcos

Die Familien der Jungen standen plötzlich im Fokus der Medien. Gerardo Agustin, Vater der ermordeten Paola Zacarías, erzählte einer Journalistin, seine Tochter habe sich nach ihrer Ausbildung zur Buchhalterin vergeblich um viele Stellen in der Region beworben.

Deswegen habe sie sich entschlossen, in die USA aufzubrechen. Er habe sein Grundstück mit umgerechnet 15'000 Franken beliehen, um ihre Reise zu finanzieren. «Ich bin jetzt 60 Jahre alt, habe nur sechs Jahre die Schule besucht und finde keine Arbeit mehr», sagte er. «Es ist furchtbar, dass die jungen Menschen, die etwas gelernt haben und Arbeit suchen, in ihrem Land keine Stelle finden».

Die Regierung Biden und die Angehörigen der Opfer benennen dieselbe Ursache für die massive Migration aus Guatemala: das Fehlen einer kraftvollen Vision, die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Die indigene Kolumnistin Irma Alicia Velásquez Nimatuj schrieb: «Guatemala hat keine Träume für seine Jugend».

Toni Steiner

Bernardo Caal - drei Jahre Ungerechtigkeit

Guatemala-Netz Zürich setzt sich schon seit einiger Zeit mit dem Fall von Bernardo Caal Xol auseinander. Der Lehrer aus Cahabón spielt eine wichtige Rolle im gewaltlosen Widerstand gegen Wasserkraftprojekte an den Flüssen Cahabón und Oxec. Seit über drei Jahren sitzt er im Gefängnis von Cobán, verurteilt zu sieben Jahren Haft wegen Handlungen, die er nie begangen hat.

Im Januar jährte sich die Verhaftung von Bernardo Caal zum dritten Mal. Eine lange, psychisch und gesundheitlich belastende Zeit für den Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger, der im November 2018 unschuldig zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Die Geschichte von Caals Kriminalisierung und Verfolgung nimmt 2015 ihren Lauf, als die Bevölkerung von Santa María Cahabón in Alta Verapaz entdeckt, dass Arbeiten für den Bau von Wasserkraftwerken im Gang sind.

56 indigene Gemeinden an den Flüssen Cahabón und Oxec beauftragen Bernardo Caal und weitere führende Persönlichkeiten, rechtlich gegen das Unterfangen vorzugehen. Sie reichen bei verschiedenen Institutionen Strafanzeigen und Klagen ein. Gegen das verantwortliche Unternehmen Oxec S.A. wegen Landraubs und der illegalen Zerstörung von Wäldern, gegen das Ministerium für Energie und Bergbau, weil es dem Unternehmen eine Konzession erteilt hat, ohne die örtliche Q'eqchi'-Bevölkerung vorgängig zu informieren und zu befragen.

Zugleich beginnt das Unternehmen Oxec S.A. die Protestierenden systematisch zu bedrohen. 2016 hebt der Oberste Gerichtshof die Konzessionen für die Wasserkraftwerke Oxec I und Oxec II auf. Aber das Bergbauministerium und das Unternehmen legen gefälschte Unterlagen vor, laut denen eine Konsultation stattgefunden hat, und das Gericht macht die Suspendierung rückgängig. Also organisieren die indigenen Gemeinden von Santa María Cahabón selbst Abstimmungen. Das Wasserkraftunternehmen reicht eine Beschwerde ein und erhält Recht. Die Bedrohungen gegen die indigenen Gemeinden nehmen zu. 2017 urteilen der Oberste Gerichtshof und das Verfassungsgericht zu deren Gunsten und suspendieren wiederum die Konzessionen. Die Gemeinden führen eine Abstimmung durch, bei der 99 Prozent der der Teilnehmenden gegen die Wasserkraftprojekte stimmen.

Daraufhin erwirkt das Unternehmen mit gefälschten Beweisen einen Haftbefehl gegen Bernardo Caal. Am 30. Januar 2018 wird er verhaftet. Im November 2018 verurteilt ein Gericht in Cobán ihn zu sieben Jahren und vier Monaten Haft. Seit 2019 versuchen seine Anwältinnen und Anwälte eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu erreichen. Doch bisher haben sich 60(!) Richterinnen und Richter geweigert, sich des Falls anzunehmen, denn sie wissen um die bedrohliche Macht des Unternehmens und seiner Unterstützer in der Regierung. So wird

Bernardo Caal an einem Protestmarsch gegen die Entrechtung der indigenen Gemeinden durch die Wasserkraftwerke Oxec I und II. ACAFREMIN ist eine Allianz zentralamerikanischer Organisationen, die gegen Bergbau arbeiten. Foto: Simone Dalmasso

Caals Berufungsverfahren immer weiter verschleppt.

Mitte April wurde das Verfassungsgericht neu besetzt – fast ausschliesslich mit Richterinnen und Richtern, die die Interessen des «Pakts der Korrupten» vertreten. Damit hat auch noch die oberste Instanz des guatemaltekischen Justizwesens ihre Unabhängigkeit verloren und lässt sich von Unternehmen und räuberischen Eliten instrumentalisieren. Entsprechend klein sind die Chancen auf eine Revision des Urteils gegen Bernardo Caal. Da von den Gerichten keine Gerechtigkeit zu erwarten ist, setzen Caals Unterstützer*innen auf die Öffentlichmachung des grossen Unrechts gegen ihn und viele weitere Menschenrechtsverteidiger*innen. Eine Gruppe von Anwält*innen hat bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission Klage eingereicht, und die Präsidentin des UN-Menschenrechtsrates setzt sich für Gerechtigkeit und ein gerechtes Verfahren für Bernardo Caal ein.

Die Guatemalanetze Zürich und Bern haben einen dringlichen Aufruf an die Präsidentin des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen mitunterzeichnet. Anhand des Beispiels von Bernardo Caal wies der Appell auf die systematische Diskriminierung, Repression und Kriminalisierung von – oft indigenen Menschen – in Guatemala hin, die sich gegen die Durchsetzung politischer, militärischer und wirtschaftlicher Interessen zur Wehr setzen, und rief zur Schaffung einer öffentlichen Strategie zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und zur Gewährleistung einer unabhängigen Rechtsprechung auf.

Barbara Klitzke

200 Jahre Unabhängigkeit: Die Regierung feiert – wir Völker leisten Widerstand!

Am 15. September 1821 sagte Guatemala sich von der spanischen Krone los und erklärte sich zur unabhängigen Republik. Im Laufe von 2021 will das offizielle Guatemala mit verschiedenen Festakten an dieses Ereignis erinnern. Die indigene Anthropologin, Feministin und Landrechtsaktivistin Cecilia Mérida erklärt, warum die Maya-, Xinka- und Garífuna-Bevölkerung keinen Grund zum Feiern sieht.

Am 27. Februar eröffnete Präsident Alejandro Giammattei die Feierlichkeiten zum zweihundertjährigen Unabhängigkeitsjubiläum. Dieses Datum reiht sich in die lange Zählung der Zeit ein und verweist auf das langjährige Bestehen sozialer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Strukturen von zwei verschiedenen Welten: der europäischen Welt und der Welt der indigenen Völker. Diese Strukturen wurden vor, während und nach dem blutigen und schmerzlichen Ereignis geschaffen, das die spanische Invasion *Abya Yalas* (von verschiedenen indigenen Völkern übernommene Bezeichnung des Gebiets zwischen Mexiko und Feuerland) und die Errichtung eines kolonialen Modells darstellt.

Zur Eröffnung des Jubiläumsjahrs begab sich der Präsident mit einer Gruppe von Funktionären aus seiner Regierung und einer Folklore-Tanztruppe nach Iximché in Tecpán. Dieser Ort war zur Zeit der spanischen Invasion eine wichtige Stätte der Maya-Kaqchikel. In seiner Festrede sagte er: «Heute eröffnen wir die Feierlichkeiten für 200 Jahre unabhängigen Lebens und wir tun es in Anerkennung von über 3000 Jahren kulturellen Reichtums». Diese Feier zeigte, wie tief der Graben ist zwischen jenen, die die politische und wirtschaftliche Macht innehaben, und uns, die wir dafür kämpfen, die kolonialen, rassistischen, patriarchalen und kapitalistischen Grundlagen umzugestalten, auf denen der guatemaltekische Staat vor 200 Jahren aufgebaut wurde.

Wenn der Präsident von Guatemala sagt, «wir anerkennen den kulturellen Reichtum von mehr als 3000 Jahren», auf welche Zeit nimmt er da Bezug? Welchen kulturellen Reichtum meint er? Seine Worte widerspiegeln die Ignoranz all jener, die die tiefen Wurzeln ihrer eigenen Geschichte nicht kennen.

Die Maya-Kultur hatte vor der spanischen Barbarei eine eindrückliche zivilisatorische Entwicklung erreicht. Davon zeugen ihre monumentalen Stätten wie beispielsweise Tikal sowie ihre dichten politischen Netzwerke, die auf Stammlinien und einer gesellschaftlichen Gliederung beruhten und auf das Bestehen politischer Hierarchien hinweisen. Davon zeugen auch ihre Glyphen, ihre Schrift, die man in Kodizes und auf Stelen findet. Die Mayas erfanden das Vigesimalzahlensystem (basierend auf der Zahl 20), züchteten aus einem Wildgras Mais und besassen ein astronomisches Wissen, das sie zu Experten in der Zeitrechnung machte.

Für Menschen mit einer unterdrückerischen kolonialistischen Mentalität hat dies keine Bedeutung. Träger öffentlicher Ämter und Unternehmer sagen, die Spanier hätten «uns entdeckt»; und um ihnen dafür zu danken, organisieren sie Feiern wie das *Bicentenario*. Der Diskurs der Regierung anerkennt nicht, dass die Invasion und Kolonisation andere Welten zerstörten und den Menschen soziale Beziehungen aufzwangen, die auf der Ausübung kolonialer Gewalt basieren, auf dem Raub von Naturgütern, sexueller Gewalt und weiteren Praktiken, die die Invasoren in jener Welt gelernt hatten, aus der sie kamen, und die sie im Namen des Gottes, den sie zu fürchten behaupteten, weiterverbreiteten.

Die koloniale Herrschaft dauerte bis 1821, als es zur sogenannten «Unabhängigkeit» Guatemalas kam. «Unabhängigkeit» bedeutete für die Nachfahren der Spanier, der spanischen Krone keine Steuern mehr zahlen zu müssen. Aber für die indigene Bevölkerung änderte sich nichts an ihrer Armut und am Rassismus, dem sie ausgesetzt war. Die Regierung wird auch nicht anerkennen, dass der guatemaltekische Staat in diesen 200 Jahren auf der Ausbeutung und dem Ausschluss der indigenen Völker aufgebaut

wurde. Männer und Frauen mussten die nationale Wirtschaft durch Zwangsarbeit voranbringen und zwar unter schrecklichen Bedingungen: Zwangsmigration, Arbeitsaus-beutung, Unterbringung auf engstem Raum, unhygienische Bedingungen und erzwungene Verschuldung. Die indigenen Frauen standen auf der untersten Stufe dieser kolonialen und rassistischen Gesellschaftsordnung. In den Fincas wurden sie ausgebeutet, sexuell miss-braucht und mussten Fincabesitzern, Vorarbeitern und Militärs zu Diensten stehen.

Der guatemaltekische Künstler Lun'Aj zeichnete 2013 anlässlich des Nationalfeiertags dieses Bild mit dem Text: «Glückwünsche an die *criollos* zu ihrem Nationalfeiertag.»
Veröffentlicht wurde das Bild im Blog für Künstler*innen, die über Bilder und Grafiken eine politische Debatte führen.
Quelle: polygrafo.blogspot.com

Die Regierung wird auch nicht den andauernden Völkermord anerkennen, den Guatemala durchgemacht hat. Beispiele dafür sind die Praktiken während des internen bewaffneten Konflikts (1960–1996) wie die Taktik der verbrannten Erde, Konzentrationslager, die man «Entwicklungszentren» nannte, Vergewaltigung als Kriegsmittel, Verschwindenlassen von Tausenden von Personen, die als «innere Feinde» galten, Kinderraub durch Angehörige der Armee und Plünderung von Land im Besitz von Familien und Gemeinschaften durch Militärs. Diese und andere Formen von Gewalt wurden auf dem Territorium der Körper von Maya-Frauen und -Männern ausgeübt.

Für die Mayas, Garífunas und Xinkas ist das *Bicentenario* eine Gelegenheit, dem unterdrückerischen Staat Guatemala in Erinnerung zu rufen, dass es ihm nie gelungen ist, die indigene Bevölkerung völlig zu beherrschen. Sie hat immer gekämpft, um sich zu verteidigen und sich Gehör zu verschaffen. Den Kampf, mit dem die indigenen Völker sich in jedem Zeitabschnitt dieser 200 Jahre der Macht der Oligarchie entgegengestellt haben, nennen wir «antikolonialen Widerstand». Im 21. Jahrhundert hat die Vernetzung zwischen den indigenen Völkern und Gemeinschaften auf nationaler Ebene exponentiell zugenommen. Sie haben ihre Forderungen gegenüber dem Staat angemeldet.

Die Verteidigung ihrer Territorien und ihres gemeinschaftlichen Eigentums steht im Zentrum ihrer gegenwärtigen Kämpfe.
Die Geschichte dieses Kampfs und Widerstands ist unsere Antwort auf die geplanten Feierlichkeiten. Sollen die *criollos* (Nachfahren der spanischen Einwanderer) und die *ladinos* (mestizische Bevölkerung und Indigene, die die spanische Sprache und Kultur übernommen haben) doch ihr *bicentenario* feiern. Wir aber nehmen die Fäden unserer eigenen Geschichte auf, um eine emanzipatorische Zukunft zu weben.

Übersetzung: Toni Steiner

Bergbau in El Estor: Der kapitalistischen Ausbeutungslogik nachhaltige Lebensmodelle entgegenstellen

Seit Jahrzehnten verletzt die Ausbeutung der Mine Fénix die Rechte der Maya-Q'eqchi'-Gemeinschaften von El Estor aufs Gröbste.[1] Im März trat das Urteil des Verfassungsgerichts vom Juni 2020 in Kraft. Dieses hält fest, dass die Betreiber-unternehmen CGN/ Pronico ihre Tätigkeiten einstellen müssen. Dies weil die Q'eqchi'-Bevölkerung im und um das Abbaugebiet vor Erteilung der Abbaukonzession weder informiert noch befragt worden ist und weil keine umfassende Umweltverträglichkeitsstudie vorliegt. Die Anwältin Jovita Tzul[2] begleitet diesen Fall. GUATE-NETZ wollte von ihr wissen, wie sie die aktuelle Lage beurteilt und wie sich das Unternehmen seit diesem Urteil verhält.

GUATE-NETZ: Die Solway Investment Group hat mit dem Kauf der Compañía Guatemalteca de Niquel CGN im September 2011 die Abbbaukonzessionen für die Minen Fénix in Izabal und Montúfar in Los Amates erworben. Sie haben die lange Geschichte der Mine Fénix gründlich recherchiert. Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation?

Jovita Tzul: In Guatemala sind wir besorgt über das Gebaren von CGN/Pronico und die aktuelle Lage. Dies, weil seit jeher ein Klima der Einschüchterung und Böswilligkeit herrscht. Die Würde der Bevölkerung im Operationsgebiet von CGN/Pronico wird missachtet. Auch Bewohnerinnen und Bewohner benachbarter Gebiete sind nach und nach enteignet worden. Die Rechte der Bevölkerung sind in vielfacher Weise verletzt worden, beispielsweise durch die Verschmutzung der Umwelt. Zahlreiche Medien haben darüber berichtet.[3] Auch die Wasserknappheit und das Versiegen der Quellen in und um die Gemeinden können auf die Aktivitäten des Unternehmens zurückgeführt werden.

Das Unternehmen hat keinen Rückhalt in den Gemeinden. Im Gegenteil, es hat sie gespalten: Auf der einen Seite stehen Personen, die Partei für das Unternehmen ergreifen, weil sie auf Arbeitsplätze und Geschäftsmöglichkeiten hoffen, auf der anderen Familien und Gemein-schaften, die Schäden erleiden und deren Rechte verletzt werden.

Solche Umstände werden öffentlich bekannt, weil lokale Menschenrechtsverteidigerinnen und Vertreter von Gemeinschaften darauf hinweisen. Darauf reagiert das Unternehmen mit Einschüchterungsversuchen, Drohungen und der Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen, und es kommt sogar zum Tod verschiedener Personen. Dies geschah beispielsweise im Fall von Carlos Maaz[4], der an einer Demonstration wegen der Verschmutzung des Izabal-Sees erschossen wurde. Diese Verschmutzung hat direkte Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen der lokalen traditionellen Fischer.

All dies geschieht wegen eines umstrittenen Bergbauprojekts, das die örtliche Q'eqchi'-Bevölkerung nicht gutgeheissen hat. Sie wurde überhaupt nicht dazu befragt, obwohl sowohl das guatemaltekische Verwaltungsrecht als auch internationale Normen zu Unternehmen und Menschenrechten und vor allem auch internationale Vereinbarungen zu den Rechten der indigenen Völker dies vorschreiben.

Nach dem Kauf der CGN hat die Solway Investment Group die Förderung von Nickel und weiteren Metallen wie Seltenen Erden stark hochgefahren und in El Estor eine Raffinerie gebaut. Welche Folgen hat dies für die Bevölkerung?

Für uns war immer klar, dass solche Unternehmen, egal ob aus dem In- oder Ausland, aber auch der Staat, wirtschaftliche Interessen höher gewichten als den Schutz der Umwelt, die Achtung der Menschenrechte und die Einhaltung ihrer Sorgfaltspflicht. Da der Preis für Nickel und Seltene Erden stark angestiegen ist, wird das Unternehmen seine Aktivitäten zweifelsohne fortsetzen und intensivieren, obwohl das höchste Gericht dieses Landes die Einstellung seiner Tätigkeiten angeordnet hat.

Dies setzt die Maya-Q'eqchi'-Bevölkerung von El Estor einer grossen Gefahr aus, weil ihr Gebiet als Ressource betrachtet wird, die man ausbeuten kann – so wie auch die ganze Welt als Raum verstanden wird, den man ausbeuten und vermarkten kann. Die Q'eqchi' bezeichnen sich als

Aj Ral Ch'och' – Töchter und Söhne der Erde. Doch das Unternehmen hält nichts von diesem Selbstverständnis. Im Gegenteil: Es delegitimiert solche Formen der Verbindung der Gemeinschaften mit der Erde und ihren Gebieten, damit es diese Gebiete zur Handelsware machen und ausbeuten kann.

Wie erwähnt verletzt allein die Tatsache, dass auf dem Gebiet indigener Gemeinschaften unter Umgehung der geltenden Gesetze und Normen ein Bergbauprojekt betrieben wird, deren Rechte. Es kommen aber weitere schwer-wiegende Folgen hinzu wie Trockenheit und Umweltverschmutzung und schliesslich noch viel einschneidendere Auswirkungen auf den Alltag und das Leben der Menschen: die Ermordung, Kriminalisierung und Inhaftierung von Menschen.

Zweifellos werden solche Auswirkungen andauern. Vielleicht werden CGN/Pronico auf andere Strategien und Aktionen zurückgreifen, aber es werden Aktionen sein, die den kollektiven Interessen der Q'eqchi'-Bevölkerung zuwiderlaufen. Das hängt auch mit dem Urteil des Verfassungsgerichts zusammen. Man wird versuchen, die Abstimmung als reinen Verwaltungsakt darzustellen, der keinerlei rechtliche Verbindlichkeit und praktische Konsequenzen hat. Solange CGN/Pronico ihre Tätigkeit – mit politischer und wirtschaftlicher Unterstützung aus dem In- und Ausland – fortsetzen, wird diese negative Folgen haben.

In welcher Lage befinden sich die Menschen, die sich den illegalen Tätigkeiten von CGN/Pronico entgegengestellt haben? Werden sie weiterhin kriminalisiert und bedroht? Widerfährt ihnen keine Gerechtigkeit?

Wie gesagt glaube ich, dass die Menschenrechtsverletzungen weiter andauern. Einerseits sind da die Personen, deren Rechte direkt durch die Tätigkeit des Unternehmens verletzt worden sind. Damit meine ich Dorfgemeinschaften, die vertrieben worden sind, die Frauen aus der Siedlung Lote Ocho, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, Menschen, die ihr Leben verloren haben wie der Lehrer Adolfo Ich und der Fischer Carlos Maaz oder schwer verletzt worden sind[5], Menschen, die Angriffe erlebt haben wie Angélica Choc, María Choc[6] und andere mehr. Niemandem von ihnen ist Gerechtigkeit widerfahren, eine Gerechtigkeit, die zu einer Veränderung der Umstände führen würde, unter denen sie leben. Ich glaube, dass für sie die einzige Art von Wiedergutmachung des erlebten Unrechts die Veränderung dieser Umstände wäre. Oder in den Worten von Angélica Choc: «Solange das Unternehmen sich nicht zurückzieht, wird es uns nicht gut gehen.» Ich glaube, dass das eine Wiedergutmachungsmassnahme wäre. Doch weder die guatemaltekische noch die damals angerufene kanadische Justiz haben dies herbeigeführt. Die Rechtsverletzung dauert an.

Anderseits gibt es da die Menschen, die von CGN/Pronico kriminalisiert werden, die Opfer von Diffamierung und Stigmatisierung sind, auch seitens des Staats. Ich weiss nicht, wie oft der Staat den Ausnahme- oder Belagerungszustand über El Estor verhängt hat. Wozu? Um die Q'eqchi'-Bevölkerung als gewalttätig und entwicklungsfeindlich zu brandmarken. Gleichzeitig werden Strafanzeigen eingereicht, die Strafverfahren und Untersuchungshaft nach sich ziehen. Dadurch werden die Betroffenen in ihren Rechten verletzt und erleiden weitere Konsequenzen. Ich denke deshalb, dass diese Situation andauert und wir genau hinschauen müssen. Hierzu kommt mir der Fall des Fischers Eduardo Bin in den Sinn, der erneut vor Gericht muss, obwohl er freigesprochen wurde. Warum? Auf Verlangen von CGN/Pronico. Solche Umstände führen zu einem tiefen Misstrauen und grosser Sorge.

Sehen Sie eine Möglichkeit, dass die Unternehmen, die in Guatemala Bergbau oder andere extraktive Projekte betreiben, sich an internationale Übereinkommen und Normen, die guatemaltekische Verfassung oder die nationale Gesetzgebung halten?

Zunächst einmal müssen alle Staaten die internationalen Normen respektieren, zu deren Einhaltung sie sich durch ihren Beitritt zu internationalen Organisationen oder die Unterzeichnung und Ratifizierung von internationalen Übereinkommen verpflichtet haben. Beispiele dafür sind das interamerikanische und das Uno-Menschenrechtssystem. Sie haben beispielsweise eine Sorgfaltspflicht. Sie müssen also dafür sorgen, dass die Menschenrechte in ihrem Gebiet eingehalten werden. Darum müssen sie Gesetze zum Schutz der Menschenrechte

erlassen und für deren Einhaltung sorgen. Und für den Fall, dass diese Gesetze nicht eingehalten werden, müssen sie einen Mechanismus schaffen für die Wiedergutmachung der Schäden, die dadurch verursacht wurden.

Und hier kommen wir zur Sorgfaltspflicht in Verbindung mit extraktiven Unternehmen. Ich möchte dies anhand eines Beispiels veranschaulichen: Angenommen, jemand betritt Ihr Haus. Diese Person hat sich an Ihre Regeln zu halten. Wenn Sie ihr sagen, sie soll in die Küche kommen, kann sie dies tun. Wenn nicht, hat sie in dem Bereich zu bleiben, den Sie ihr zuweisen. Genau so verhält es sich mit extraktiven Unternehmen. Aber welche Verantwortung haben Ihre Gäste? Sind nur Sie als Hausherrin verpflichtet, ihnen Regeln aufzuerlegen? Nein!

Die UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte nehmen auch Unternehmen in die Pflicht: Wenn sie in einem Land, in einem Gebiet, tätig werden, müssen sie sich an die dortigen Normen halten. Darüber hinaus müssen sie aber die internationalen Menschenrechtsstandards beachten. Sie können sich nicht einfach auf eine Konzession berufen. Im Gegenteil: Sie müssen ihre Sorgfaltspflicht wahrnehmen und sicherstellen, dass sie durch ihre Tätigkeit die Menschenrechte nicht beinträchtigen. Es handelt sich also nicht um freiwillige Massnahmen, sondern um eine Verpflichtung.

Darum muss Guatemala seine Kontrollmechanismen für solche Unternehmen stärken. Aber der Staat muss auch garantieren, dass die indigene Bevölkerung des Gebiets, in dem ein extraktives Projekt betrieben werden soll, vorher sein Einverständnis gibt. Laut Artikel 6 des Übereinkommens 169 der Internationalen Arbeitsorganisation müssen indigene Völker konsultiert werden und ihre Zustimmung geben, wann immer gesetzgeberische oder administrative Massnahmen erwogen werden, die ihre Interessen, ihr Land oder ihre Gebiete betreffen. Dieses Übereinkommen wie auch die UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschen-rechte und weitere internationale Abkommen sind verpflichtend, und der Interamerikanische Menschenrechtsgerichtshof hat genug Urteile gefällt, die dies bestätigen. Es fehlt einzig der Wille, diese Bestimmungen einzuhalten.

Kein Unternehmen kann sich in Guatemala darauf berufen, dass es nicht die erforderlichen Mittel hatte, sich an diese Normen zu halten. Die Unternehmen sind dazu verpflichtet. Und vergessen wir nicht, dass es dabei um die Einhaltung von Menschenrechten geht. Die Menschenrechte werden ständig weiter-entwickelt und die Staaten und Unternehmen müssen sich zwingend an diese Entwicklungen anpassen.

Der Staat und die Unternehmen stehen gemeinsam in der Verantwortung: Sie müssen die Einhaltung dieser Rechte gewährleisten. Das Recht auf das vorherige, informierte Einverständnis setzt extraktiven Projekten Grenzen. Seit über zehn Jahren sagen die Gemeinden und Völker ganz klar: «Nein zum Bergbau, ja zum Leben!» Ich habe 124 Abstimmungen dokumentiert, und das Ergebnis war jedes Mal ein Nein zum Bergbau. Darum wird man versuchen, das Recht auf eine vorherige Befragung zu einem Verwaltungsakt verkommen zu lassen, der keine rechtliche Verbindlichkeit hat. Und damit werden die Menschenrechte erneut verletzt.

Die Bevölkerung leidet unter der Politik des Staats. Die Mehrheit der Politiker stammt von weissen Ausländern ab, die seit Jahrhunderten Macht ausgeübt haben. Sehen Sie die Möglichkeit einer Veränderung zu Gunsten des guatemaltekischen Volkes?

Guatemala hat früher einen Kolonialisierungsprozess erlebt. Anfangs des 19. Jahrhunderts kam es zu einer weiteren Invasion, als sich vor allem Deutsche das Gebiet der Q'eqchi' in Alta und Baja Verapaz und darüber hinaus angeeignet haben. Und jetzt sind die Gemeinden und Familien mit dieser neuen Welle der kapitalistischen Ausbeutung ihrer Gebiete konfrontiert.

Es ist aber nie zu einer völligen Unterwerfung der Bevölkerung gekommen. Sie leistete immer und leistet auch heute Widerstand und verteidigt ihr Gebiet durch verschiedene Aktionen, Demonstrationen, politische Interventionen und Rechtsverfahren. Viele Gemeinschaften haben dabei gelernt, dass keine Parteien, sondern nur sie selbst und ihre legitimen Vertreterinnen und Vertreter Veränderungen herbeiführen können. Ich glaube, dass ihr Widerstand auch darin besteht, dieser Welt andere Perspektiven entgegenzustellen,

andere Lebensformen. Die Q'eqchi' haben verschiedene alternative Modelle einer nachhaltigen Landnutzung und Wiederbelebung der Gemeinschaftsarbeit aufgezeigt. Darum glaube ich, dass die Q'eqchi'-Gemeinschaften immer noch sehr stark sind und trotz aller Angriffe erstarken. Ich glaube, dass die Q'eqchi' und alle Völker Guatemalas ihre Würde von Generation zu Generation weitergeben. Die Angriffe und auf sie und ihre Territorien gehen weiter. Und so führen sie ihre Kämpfe weiter und erzielen dabei kleine oder grosse Erfolge – wie jetzt den Entscheid des Verfassungsgerichts, der sie zum Weitermachen ermutigt. Und das bestärkt mich wiederum in meiner Absicht, mich weiter für sie zu engagieren und ihnen Werkzeuge an die Hand zu geben, mit denen sie ihre Gebiete verteidigen können.

Interview: Barbara Klitzke, gekürzte Wiedergabe auf Deutsch: Jacqueline Hefti

1 Siehe dazu https://guatemalanetz.ch/
2 Die Anwältin Jovita Tzul hat für das Verfassungsgericht im Verfahren zur Einstellung der Tätigkeiten von CGN/Pronico ein juristisches Gutachten erstellt. Tzul ist Maya K'iche' und die juristische Leiterin der Anwaltskanzlei für Indigene Völker *Bufete Jurídico para los Pueblos Indígenas.* Sie begleitet seit langem den Kampf der indigenen Völker Guatemalas für ihre Rechte. 2018 hat die Guatemala Human Rights Commission sie für ihren bedingungslosen Einsatz für die Menschenrechte mit dem Alice Zachmann-Preis ausgezeichnet.
3 Siehe beispielsweise https://forbiddenstories.org/a-damning-photo-holds-a-swiss-russian-mine-accountable-in-guatemala.
4 2017 wurde der Fischer Carlos Maaz Coc bei Protesten gegen die Mine durch einen Schuss der Polizei getötet. Auslöser waren Sorgen über die Verfärbung des Wassers im Izabal-See und die Weigerung der Behörden, mit den Fischern einen Dialog darüber aufzunehmen.
5 2007 kam es zu einem bewaffneten Überfall auf die Siedlung Lote Ocho, die sich gegen ihre Vertreibung zwecks Ausdehnung der Bergbauaktivitäten wehrte. Dabei wurden elf Frauen vergewaltigt. Zwei von ihnen sagten aus, sie hätten das CGN-Logo auf den Uniformen einiger der Beteiligten erkannt. 2009 wurde der indigene Leader Adolfo Ich Chamán erschossen Nach Aussage seines Sohns schossen private Sicherheitskräfte des Bergbauunternehmens aus nächster Nähe auf ihn. Am gleichen Tag wurde Germán Chub Choc angeschossen und erlitt lebensbedrohliche Verletzungen, die zu einer Querschnittslähmung und dem Verlust eines Lungenflügels führten.
6 Adolfo Ichs Witwe Angélica Choc war Nebenklägerin im Strafverfahren wegen der Ermordung ihres Manns und der Verletzung verschiedener Personen. 2016 haben Unbekannte mehrere Schüsse auf ihr Haus abgegeben. Anfang 2021 wurde der ehemalige Sicherheitschef von CGN Mynor Padilla zu zwei Jahren Haft wegen Totschlags an Adolfo Ich und acht Monaten für die Verletzung von Germán Chub verurteilt. Drei zivilrechtliche Verfahren gegen HudBay Minerals Inc., die damalige Besitzerin der Mine Fénix, wegen des Mordes an Adolfo Ich, der Verletzung von Germán Chub und der Vergewaltigung der Frauen von Lote Ocho laufen noch in Kanada. Damit wird dort erstmals über die Haftung eines kanadischen Unternehmens für das Verhalten eines seiner Tochterunternehmen im Ausland geurteilt. GUATE-NETZ berichtete in den Nummern 51, 55, 56 und 62 über Angélica Chocs Kampf um Gerechtigkeit, siehe http://www.guatemalanetz-zuerich.ch/info_bulletin.html. María Choc, die Schwester von Angélica Choc, engagiert sich für indigene Gemeinschaften, deren Rechte von Bergbauprojekten und Grossplantagen verletzt werden, und unterstützt die klagenden Parteien in den Verfahren gegen HudBay Minerals. Sie wurde 2018 wegen falscher Anschuldigungen in Haft gesetzt und steht seit ihrer bedingten Freilassung unter Hausarrest. Die Verhandlungen zu ihrem Fall werden immer wieder unter fadenscheinigen Gründen verschoben.

Die Anwältin Jovita Tzul Tzul ist Maya-K'iche' aus Totonicapán. Sie ist spezialisiert auf Menschen- und Frauenrechte, die Rechte indigener Völker und indigene Justiz. Tzul verteidigt verschiedene kriminalisierte Menschenrechts- und Umweltverteidiger*innen. Sie ist Mitglied des Instituto Amaq' und arbeitet mit der Guatemalan Human Rights Commission zusammen.

Guatemalas Justiz verliert ihre Unabhängigkeit

Nach einem undurchsichtigen Nominierungs- und Wahlverfahren sind am 14. April die Richterstellen des Verfassungsgerichts für die Periode 2021–2026 besetzt worden. Fast alle der neu Gewählten stehen unter dem Verdacht der Korruption und zum Teil weiterer strafbarer Handlungen. Nach dem Abzug der UN-Kommission gegen die Straflosigkeit CICIG vor drei Jahren ist nun auch die letzte Bastion im Kampf gegen Unrecht und Korruption gefallen. In einem Interview mit *Prensa Comunitaria* warnte der Leiter der zentralamerikanischen Sektion der Internationalen Juristenkommission Ramón Cadena vor der Übernahme des Justizwesens durch das organisierte Verbrechen. Der «Pakt der Korrupten» versuche mit der Vereinnahmung der Justiz den Rechtsstaat zu untergraben und den Gesetzesvollzug zu verhindern. Er habe bereits Macht über die Generalstaatsanwalt erlangt und versuche nun, den Menschenrechtsombudsmann Jordan Rodas aus seinem Amt zu entfernen. Die Menschenrechtsombudsstelle ist die noch das einzige staatliche Organ, das die Einhaltung der Menschenrechte überwacht.

Laut Cadena werden durch die Einsetzung der neuen Verfassungsgerichtsmitglieder sämtliche Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung sowie im Schutz der Menschenrechte und der Rechte der indigenen Völker zunichte gemacht. Da der Staat die Menschenrechte nicht garantiere, müsse sich die guatemaltekische Gesellschaft wohl oder übel selbst für die Verteidigung ihrer Rechte einsetzen. Das einzige verbleibende Mittel dazu sei die Verfassung, auf die sie sich berufen könne, und das Recht auf Widerstand. «Es bleibt uns nichts anderes übrig, als auf die Strasse zu gehen und zu protestieren, obwohl auch dieses Recht durch den erneuten Ausnahmezustand eingeschränkt ist.»

Cadena rief dazu auf, ideologische und parteipolitische Differenzen beiseite zulassen, eine gemeinsame Position zu finden und gemeinsam ein nationales Projekt zu verfolgen, um den Staat vor der Vereinnahmung durch das organisierte Verbrechen zu retten. «Q'eqchi', Ixiles, Garífunas, Mestizen, Arme, vereinen wir uns in diesem Kampf! Das ist schwierig, aber nicht unmöglich. Machen wir Gebrauch von unserem Recht auf Widerstand und suchen wir den Dialog miteinander!»

(zusammengefasst aus einem Artikel, der am 21. April 2021 von *Prensa Comunitaria* veröffentlicht wurde, siehe: https://www.prensacomunitaria.org/2021/04/frente-a-la-actual-crisis-guatemala-requiere-de-una-sociedad-civil-bien-organizada-y-unida)

Einbrüche in Büros von Menschenrechts-organisationen

In letzter Zeit ist es zu einer Häufung von Einbrüchen in die Häuser von Menschenrechtsverteidiger*innen und Büros ihrer Organisationen gekommen. So erhielt unter anderem die Anwaltskanzlei für indigene Völker Bufete para los pueblos indígenas ungebetenen Besuch. Es kamen Computer und weitere Gegenstände abhanden. Ende April sind Diebe in die Büros des Frauenkollektivs *Colectivo de Mujeres de Izabal* und des *Centro San Martín de Porres* in Puerto Barrios eingedrungen und haben Computer und Dokumente entwendet. Die beiden Organisationen setzen sich für die Gleichberechtigung der Geschlechter ein und begleiten LGTBIQ*-Menschen, HIV-positive Personen und von Gewalt betroffene Frauen. Gemäss Alva Batres, die beide Organisationen repräsentiert und als Journalistin für *Prensa Comunitaria* arbeitet, «ist der Grund für den Einbruch unklar, aber ‹gewöhnliche› Kriminelle sind nicht an Dokumenten interessiert; wir müssen beobachtet worden sein.»

Menschenrechtsverteidiger*innen stehen allgemein unter grossem Druck. 2020 wurden mehr Übergriffe und Angriffe denn je auf Menschen verübt, die für ihre Rechte einstehen.

(aus einem Bericht von *Prensa Comunitaria* vom 27. April 2021, siehe https://www.prensacomunitaria.org/2021/04/dos-organizaciones-de-derechos-humanos-dirigidas-por-una-periodista-comunitaria-fueron-allanadas-en-puerto-barrios/)

Weiterer Umweltaktivist unter Falschanklage

Am 23. April wurde der Strafprozess gegen den Umweltverteidiger Julio Gómez Lucas aus San Mateo Ixtatán eröffnet. Das Unternehmen Generadora San Mateo, das in der Region Yich'kisis im Norden von Huehuetenango zwei umstrittene Wasserkraftprojekte vorantreibt, hat den Maya-Chuj Gemeindeführer be-schuldigt, 2017 bei einem Protest die Polizei angegriffen zu haben. Doch es war genau umgekehrt: Die Bevöl-kerung von Yich'kisis übergab der Polizei-einheit, die das Wasserkraftwerk schützen sollte, ein Schreiben, mit dem es sie ersuchte, sich aus ihrer Gemeinde zurückzuziehen. Daraufhin griff die Polizei die friedlich Protestierenden an; das Sicherheitspersonal des Unternehmens schoss sogar in die Menge. Der lokale ebenso langjährig kriminalisierte Anführer Rigoberto Juárez begleitete Gómez Lucas und führte bei der Prozesseröffnung an: «Wenn eine indigene Führungsperson Naturgüter schützen will, scheint das eine Straftat zu sein. Aber wenn Unternehmen widerrechtlich in die Gebiete indigener Gemeinschaften eindringen, ihre Berge zerstören und ihr Wasser entführen, gelten diese Unternehmen als Opfer.»

(zusammengefasst aus einem Bericht, der am 23. April 2021 von *Prensa Comuniaria* veröffentlicht wurde, siehe https://www.prensacomunitaria.org/2021/04/huehuetenango-juez-envia-a-juicio-a-defensor-chuj-julio-gomez-lucas)

Mitgliederversammlung 2021

Die Mitgliederversammlung von Guatemala-Netz Zürich findet dieses Jahr erst im Herbst statt, am Montag, 27. September 2021 um 18 Uhr. Wir hoffen, die Versammlung dann im H50, Hirschengraben 50, 8001 Zürich durchführen zu können und Sie wieder persönlich zu treffen. Weitere Informationen folgen.

Impressum
Nr. 68, 25. Mai 2021
Erscheint zwei bis viermal jährlich.
http://www.guatemalanetz-zuerich.ch
mailto: info@guatemalanetz-zuerich.ch
Redaktion und Layout: Barbara Klitzke
Lektorat: Jacqueline Hefti
Administration: Silvia Brennwald
Postkonto 87-674612-1
IBAN CH90 0900 0000 8767 4612 1

Das Abkommen von Escazú

Am 22. April, dem Tag der Erde, ist der Vertrag von Escazú in Kraft getreten – das erste lateinamerikanische Umweltabkommen, das weitgehende staatliche Transparenzpflichten und eine grössere Teilhabe der Bevölkerung an der Umweltpolitik vorsieht. Umweltschützer-*innen gesteht es wegen ihrer Verteidigung des Gemeinwohls einen besonderen Rechtsstatus und Schutz zu. Bislang haben 24 Staaten das Abkommen unterzeichnet, aber erst zwölf haben es ratifiziert. Seine Ratifizierung durch Guatemala, El Salvador und Honduras steht noch aus.

Escazú verpflichtet die Staaten und Unter-nehmen zu mehr Sorgfalt. Sie müssen dafür sorgen, dass es gar nicht erst zu Schäden kommt. Genau das haben wir in der Schweiz mit der Konzerninitiative angestrebt. Wir bleiben dran – und der Trägerverein der Initiative auch. Bleiben auch Sie dran! Derzeit läuft eine Spendenaktion, durch die das weitere Engagement des Vereins ermöglicht werden soll,

siehe https://konzern-initiative.ch/ziele.

Wie zu Zeiten des Bürgerkriegs

Ende April wurde der linke Abgeordnete und Aktivist Aldo Dávila in Guatemala-Stadt in seinem Auto von drei bewaffneten Männern angegriffen. Seine Personenschützer konnten den Angriff abwehren. Dabei wurde einer der Angreifer verletzt, Dávila und seine Begleiter blieben unversehrt. Laut einem Kommuniqué der Landarbeiter-*innenorganisation *Comité Campesino del Altiplano* gibt dieser Angriff Anlass zu besonderer Sorge, «da das, was auf dem Land passiert, jetzt auch wieder am helllichten Tag mitten in der Hauptstadt möglich ist». Dávila forderte denn auch auf seiner Facebook-Seite: «Kein Zurück in die 80er-Jahre!» (aus einem Bericht von Thorben Austen in der *Jungen Welt* vom 22. April 2021,

siehe https://www.jungewelt.de/artikel/401020.guatemala-wie-zu-zeiten-des-bürgerkriegs.html?fbclid=IwAR0SRWE7-ay-OZj8_8nDn2Cy-7qhotm1ML1BhnrZ5Maai9hNDVzSpnT6bJM)

Besuchen Sie uns auf Facebook!
Guatemala-Netz Zürich ist auf Facebook und bringt regelmässig Nachrichten zu aktuellen Geschehnissen aus und um Guatemala.
https://www.facebook.com/Guatemala-Netz-Zürich-2033014166972006